

Parteien-Gesprächen über die nordkoreanische Nuklearproblematik betont, die nach öffentlicher Einschätzung Li Zhaoxings beispielhaft für eine positive Kooperation zwischen beiden Staaten gelten könnten.

Auch nach Abschluss seines Besuches ließ Li Zhaoxing sich nicht zu harscher Kritik an Premierminister Abe hinreißen, um die Reise Wen Jiabaos nicht zu gefährden. Abe war zuvor in Asien in die Kritik geraten, weil er geäußert hatte, es lägen keine Beweise dafür vor, dass die japanische Armee Frauen in die Prostitution für Angehörige der Armee gezwungen hätte. Auf einer Pressekonferenz Anfang März um einen Kommentar gebeten sagte Li Zhaoxing lediglich, Japan müsse sensitive historische Probleme wie etwa das Phänomen der comfort women korrekt behandeln, nannte in diesem Zusammenhang jedoch Abe nicht namentlich. Schenkt man allerdings der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap Glauben, so sind die Äußerungen Abes auch in der chinesischen Regierung nicht ohne Spuren geblieben. Als Reaktion darauf, so sei aus Beijinger Regierungskreisen zu vernehmen gewesen, sei der ursprünglich auf fünf Tage geplante Besuch Wen Jiabaos in Japan auf drei Tage reduziert worden. Der Staatsbesuch begann am 11. April. (SCMP, 16.2., 4., 7.3.07; ST, 17.2., 19.3.07)

Innenpolitik

Philipp Hetmanczyk und Katrin Willmann

NVK-Tagung: Reformkurs wird beibehalten

Vom 5. bis 16. März 2007, also zwei Tage länger als bislang üblich, traten die knapp 3.000 Delegierten des 10. Nationalen Volkskongresses (NVK) zum fünften und letzten Mal zur jährlichen Plenartagung in Beijing zusammen. Der nachfolgende 11. NVK wird sich im Jahr 2008 neu zusammensetzen. Parallel dazu fand in der Hauptstadt vom 3. bis 15. März die Jahrestagung der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes statt.

Die thematischen Akzente lagen in diesem Jahr erneut auf der Lösung sozialer und umweltpolitischer Probleme. Hierzu zählen der Ausgleich der Disparitäten zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung im Hinblick auf Einkommen, Bildungszugang, Gesundheitsversorgung und Altersvorsorge. Ferner wurden die ökologischen und energiepolitischen Probleme durch das jahrelang ungebremste Wirtschaftswachstum thematisiert (siehe dazu auch die Dokumentationen in den Rubriken Gesellschaft und Binnenwirtschaft in diesem Heft).

Für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im letzten Regierungsjahr, bevor im Herbst anlässlich des 17. Parteitages die Führungspositionen wieder bzw. neu besetzt werden, kündigte Ministerpräsident Wen Jiabao in seinem Arbeitsbericht ein niedrigeres Wirtschaftswachstum von 8%

und der Reformpolitik entsprechende Ausgabenerhöhungen für Bildung (42%), medizinische Versorgung (87%), soziale Sicherung (14%) sowie für die ländlichen Gebiete (15%) an. Wie zu erwarten, gab Wen ergänzend zu den allgemeinen Reformvorschlägen für das Jahr 2007 keine detaillierten Umsetzungspläne bekannt.

Besondere Beachtung erlangte bereits im Vorfeld und während der NVK-Tagung die Verabschiedung zweier Gesetze: das Gesetz zum Schutz privater Eigentumsrechte und zur Besteuerung ausländischer Unternehmen. An dem Eigentumsgesetz als Sinnbild weiterer marktorientierter Reformen und an der Politik des „neuen sozialistischen Raumes“ hatte sich während der letztjährigen NVK-Tagung ein ideologischer Konflikt entzündet (C.a., 2/2006:51-59; 3/2006:113-115) (siehe nachfolgende Dokumentation in diesem Heft).

Die Agenda der NVK-Tagung fügte sich in diesem Jahr jedoch erfolgreich in die Entwicklungskonzepte der „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“, des „neuen sozialistischen ländlichen Raumes“ und des qualitativ, nachhaltigen Wirtschaftswachstums ein, wie sie von Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao verfolgt werden. Im ideologischen Richtungsstreit um die Fortführung des Reformkurses zwischen liberalen und konservativen Kritikern aus Partei- und Intellektuellenkreisen auf der einen Seite und der staatlichen Parteiführung auf der anderen Seite gelang der Führungsspitze nun gegen Ende ihrer ersten Amtsperiode ein Durchbruch. Mit einer weiteren Fortsetzung der Reformpolitik ist somit zu rechnen (China Central TV-1, 5.3.07, nach

BBC PF, 6.3.07; Xinhua, 4., 19.3.07, nach BBC PF, 6., 21.3.07; WSJ, 5.3.07; XNA, 2., 14.3.07; NZZ, 6.3.07; ST, 17.3.07) (Katrin Willmann)

Gesetz zum Schutz privaten Eigentums passiert NVK

Abgesehen von der Vorlage verschiedener Arbeitsberichte für das Jahr 2006 und von Arbeitsplänen für 2007 lag der inhaltliche Schwerpunkt der NVK-Jahrestagung vom 5. bis 16. März 2007 in Beijing auf der Verabschiedung zweier besonders wichtiger der insgesamt 20 zur Abstimmung vorgelegten Gesetzesentwürfe. Dabei handelte es sich zum einen um das umstrittene Gesetz zum Schutz privater Eigentumsrechte. Zum anderen stand die Verabschiedung des Gesetzes zur Besteuerung ausländischer Unternehmen an (siehe zugehörige Dokumentation in der Rubrik Binnenwirtschaft).

Bereits im Zuge der jüngsten Verfassungsänderung im Jahr 2004 hatte der Staat ein explizites Bekenntnis zur aktiven Förderung der nichtstaatlichen Wirtschaft abgelegt und den Bürgern den Schutz privaten Eigentums sowie eine Entschädigung bei Inanspruchnahme von privatem Vermögen, Grund und Boden zugesichert (C.a., 3/2004:259-274). Während der NVK-Jahrestagung im vergangenen Jahr war der ideologische Richtungsstreit am Beispiel der privaten Eigentumsrechte zuletzt zutage getreten und zwang die Regierung, ihre Gesetzesvorlage vorerst wieder zurückzuziehen (C.a., 2/2006:51-59). Im Nachgang bemühte sich die parteistaatliche Führung immer wieder, ihren Führungsanspruch in der Reformpolitik zu

untermauern (C.a., 3/2006:113-115).

Nach der siebten Lesung seit der ersten Vorlage im Jahr 2002 und zahlreichen Korrekturen des Gesetzesentwurfs konnte dieser nun doch mit überwältigender Mehrheit von 98% der Stimmen durchgebracht werden. Die bekannten Kritikpunkte bleiben dennoch bestehen. Das als historisch zu bezeichnende Gesetz schützt nun zwar privates Eigentum und stellt es mit dem staatlichen gleich. Bauern werden jedoch weiterhin keine Eigentumsrechte an ihrem gepachteten und bewirtschafteten Land gewährt, was vor allem liberale Reformkräfte bemängeln. Vom konservativen Parteienflügel wird weiterhin der Verstoß des Gesetzes gegen die Verfassung moniert. Es entspricht nicht dem sozialistischen Grundgedanken und unterwandere die besondere Rolle des öffentlichen Eigentums.

Das neue Eigentumsgesetz wird am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft gesetzt. Die Regierung unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao setzte mit der Ratifizierung des Gesetzes einen vorläufigen Endpunkt des jahrelangen ideologischen Konfliktes zwischen liberalen Reformern und konservativen Kräften der „Neuen Linken“ innerhalb der KPCh. Sie bekräftigte damit, dass sie ihren marktorientierten Reformkurs auch gegen innerparteilichen Widerstand fortführen werde (siehe dazu die vorangegangene Dokumentation in diesem Heft). (NZZ, 6.3.07; XNA, 3., 27.2., 14., 16.3.07; Xinhua, 4., 5., 19.3.07, nach BBC PF, 6., 21.3.07; SCMP, 1., 5., 13., 16.3.07; WSJ, 5.3.07; ST, 23.2.07, *die tageszeitung*, 15.3.07) (Katrin Willmann)

Ideologische Standortbestimmung in Grundsatzrede von Wen Jiabao

Ministerpräsident Wen Jiabao lieferte im Vorfeld zur diesjährigen Plenartagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) im März 2007 eine Grundsatzrede zum Stand der KPCh hinsichtlich Wirtschaftsentwicklung, Außenpolitik und kultureller Identität. Die Rede wurde am 26. Februar durch die Nachrichtenagentur Xinhua in voller Länge veröffentlicht. Die schriftliche Version trug den Titel: „Einige Erläuterungen zur historischen Aufgabe in der Anfangsphase des Sozialismus und der chinesischen Außenpolitik“.

Wen Jiabao konstatierte darin, China befinde sich nach wie vor im Anfangsstadium des sozialistischen Aufbaus und vorrangiges Ziel der politischen Ausrichtung müsse daher eine effektive Entwicklung der chinesischen Produktivkräfte sein. Dies sei nicht nur unter dem Gesichtspunkt einer weiteren Stärkung der ökonomischen Performanz von Bedeutung, sondern auch um die entstandene Disparität zwischen armen und wohlhabenden Teilen der Bevölkerung zu verringern und sozialen Spannungen entgegenzuwirken.

Unter Bezugnahme auf das ideologische Konzept der sozialistischen harmonischen Gesellschaft sprach Ministerpräsident Wen von der friedlichen Entwicklung Chinas. Diese werde nicht nur durch die innenpolitische Genese sozialer Stabilität verfolgt, sondern gelte auch für Chinas internationales Agieren im globalen Kontext. Die Wahrung friedlicher Koexistenz mit anderen Nationen bei gleichzeitiger Absage

an hegemoniale Strategien der Außenpolitik und an militärische Aggression bildeten die Richtlinien der chinesischen Entwicklungsbestrebungen. Weiterhin betonte Wen Jiabao die Rolle des internationalen Kulturaustausches. Die Errungenschaften klassischer chinesischer Kultur sollten dazu beitragen, Chinas Einflussphäre auszuweiten. Hierzu gehörten die Verbreitung der chinesischen Sprache, akademischer Austausch, Ausstellungen, etc.

Die inhaltliche Ausrichtung und der stark ideologisch geprägte Duktus der Rede bestätigen die politische Linie, die bereits im Weißbuch zum „Aufbau politischer Demokratie in China“ (C.a., 6/2005 Ü7) postuliert wurde. Der darin vertretene Standpunkt, das politische System eines Landes sei stets das Ergebnis historischer Prozesse und seiner soziokulturellen Rahmenbedingungen, wurde nun erneut von Wen Jiabao aufgegriffen, um auf Chinas eigenes Demokratieverständnis hinzuweisen. Demnach schlossen sich Sozialismus und Demokratie nicht gegenseitig aus. Vielmehr handele es sich ähnlich wie in der Frage der Menschenrechte oder des Rechtssystems nicht um kulturelle Spezifika des Kapitalismus, sondern um zivilisatorische Konzepte, die in den unterschiedlichen Traditionen verschieden umgesetzt wurden und werden.

Westliche Medien sprachen in ihrer Rezeption der Rede daher von einer Absage an Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit und der chinesischen Priorität des ökonomischen Aufbaus vor politischer Reform. Unter anderem wandte sich Bao Tong, einst Berater Zhao Ziyangs, gegen Wen Jiabaos Rede und dessen Demokratieverständnis,

das Wen in einer Pressekonferenz im Anschluss an die NVK-Tagung nochmals dargelegt und als den „chinesischen Weg zur Demokratie“ (SCMP, 17.3.07) bezeichnet hatte. Bao Tong betonte die Notwendigkeit einer politischen Liberalisierung, wonach es an der Zeit sei, Wahlen für die Parteiführung zuzulassen und eine Trennung von Partei und Regierung zu vollziehen. Dies gehe auf einen Entwurf aus dem Jahre 1987 zurück, der damals von Zhao Ziyang mit der Unterstützung Deng Xiaopings angefertigt wurde.

Die Partei bezog durch die Rede des Ministerpräsidenten nochmals eine klare Position gegenüber ausländischen wie chinesischen Reformforderungen nach mehr politischer Partizipation der Bevölkerung. Neben der konsequenten Fortführung des „Aufbaus demokratischer Politik mit chinesischen Charakteristika“ (Xinhua, 26.2., nach BBC PF 26.2.07) entspricht die Rede Wen Jiabaos den innerparteilichen Reideologisierungstendenzen, die sich seit dem Amtsantritt Hu Jintaos allgemein verzeichnen lassen (vgl. C.a., 2/2006:51-59). Insbesondere dürfte die Rede wenige Tage vor Beginn der Plenartagung des NVK richtungweisend für die vorherrschende Rhetorik desselben gewesen sein. Zumal die Rede als ein Signal an den linken Flügel der Partei gedeutet wurde, nachdem von dieser Seite Vorwürfe laut geworden waren, die anstehende Verabschiedung des neuen Eigentumsgesetzes käme einem Ausverkauf der sozialistischen Parteifundamente gleich.

Unter diesem Gesichtspunkt bedeutete die Äußerungen Wen Jiabaos dann allerdings einen Wink an Konservative wie an

Liberaler zugleich. Nämlich als Bestätigung der politischen Linie, sowohl demokratische als auch sozialistische Elemente unter den Implementierungen sog. „chinesischer Charakteristika“ zu interpretieren und zu integrieren. (*Ming Pao* website, 27.2., nach BBC PF 27.2.07; Xinhua, 26.2., nach BBC PF 26.2.07; SCMP 20., 27.2., 17., 19.3.07; WSJ, 26.2.07; ST, 28.2.07; FAZ, 28.2.07) (Philipp Hetmanczyk)

Personalien der fünften Führungsgeneration

Wie vor Parteitag üblich spekulierten im zeitlichen Umfeld der NVK-Tagung im März 2007 zahlreiche ausländische und Hongkonger Beobachter über die potenziell erfolgreichsten Kandidaten der fünften Führungsgeneration für Spitzenämter. Es wird erwartet, dass im Zuge des anstehenden Generationenwechsels die Positionen von über 60% der Mitglieder des Zentralkomitees und von mehr als der Hälfte der Politbüromitglieder neu zu besetzen sind. Im Folgenden sollen die im Berichtszeitraum am häufigsten genannten Anwärter für Führungspositionen kurz vorgestellt werden:

Der 47-jährige Zhou Qiang bekleidet als bisher jüngster ein Provinzgouverneuramt (Provinz Hunan) und beschritt einen ähnlichen Karriereweg wie Staats- und Parteichef Hu Jintao. Er war Erster Sekretär des Sekretariats des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes. Bei der Schließung der liberalen Wochenzeitschrift *Bingdian* („Gefrierpunkt“) im Januar 2006 spielte Zhou eine besondere Rolle (vgl. C.a., 2/2006:106-110). Hongkonger Quellen zufolge wird er von Hu Jintao

protegiert.

Der 56-jährige Lou Jiwei ist seit dem Jahr 1998 stellvertretender Finanzminister und seit 2003 stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Zollregelung. Lou verfügt über einen Masterabschluss in Ökonomie von der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften. Anfang März dieses Jahres wurde er zum stellvertretenden Generalsekretär des Staatsrats befördert. Lou soll dort den Aufbau einer neuen Behörde zur Verwaltung der Devisenreserven leiten.

In Shanghai gab es im Berichtszeitraum Februar bis März indes keine hochrangigen Personalwechsel. Der 53-jährige Han Zheng fungiert weiterhin als Bürgermeister und amtierender Parteisekretär, nachdem sein Vorgänger, Chen Liangyu, im Sommer 2006 seines Amtes enthoben worden war.

Daneben werden als aussichtsreiche Kandidaten auf eine Führungsposition nach dem 17. Parteitag der KPCh u.a. Li Keqiang (52), Provinzpartei sekretär von Liaoning, Xi Jinping (54), Provinzpartei sekretär von Zhejiang, Li Yuanchao (57), Provinzpartei sekretär von Jiangsu, Wang Yang (52), Parteisekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing, Ma Kai (61), Minister der Nationalen Reform- und Entwicklungskommission, Wang Qishan (59), Beijinger Bürgermeister und Handelsminister Bo Xilai (58) benannt.

Seit dem Jahr 2003 gab es auf Ministerialebene in sieben, also einem Viertel aller Ministerien, Personalwechsel sowie auf Ministerial- und Vizeministerialebene in 11 der 18 Organisationen, die direkt dem Staatsrat unterstehen. Die Neubesetzungen eröffneten einigen Mitgliedern der neuen Führungsgeneration Aufstiegsmöglich-

lichkeiten. Die Positionen wurden frei wegen des Erreichens des Rentenalters der Amtsinhaber, des Wechsels auf andere Stellen, wegen Krankheit oder Tod der bisherigen Amtsinhaber und Korruptionsdelikten sowie Absetzungen aufgrund von Inkompetenz oder der Übernahme politischer Verantwortung durch die früheren Amtsinhaber. Ingesamt ist eine Verjüngung der Führungsgeneration und eine Stärkung des Verantwortlichkeitssystems der Regierung unter Hu Jintao und Wen Jiabao zu konstatieren.

Huang Ju, Mitglied des neunköpfigen Ständigen Ausschusses des Politbüros und erster stellvertretender Ministerpräsident, der krankheitsbedingt seit geraumer Zeit immer seltener seine politischen Ämter ausgefüllt und öffentliche Termine wahrgenommen hatte (C.a., 2/2006:104-105), nahm an nur wenigen Sitzungen während der diesjährigen NVK-Tagung im März teil. Mit dem Rücktritt des 68-Jährigen wird während des 17. Parteitags im Herbst 2007 gerechnet.

Hongkonger Quellen erörterten ebenfalls die politische Zukunft des 67-jährigen Zeng Qinghong, Vizepräsident und Nr. 2 in der Führungsspitze. Als eine Möglichkeit wurde der Posten des Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes ab dem Jahr 2008 genannt, der ihm bereits angeboten worden sein soll. (SCMP, 4., 9.2., 3., 8.3.07, ST, 9.2.07; *China Brief*, Vol VII., Issue 6, 21.3.07; WSJ, 7.3.07; DGB, 27.2.07, nach BBC PF, 3.3.07; *Ming Pao* website, 1., 9.3.07, nach BBC PF, 2., 11.3.07) (Katrin Willmann)

Ergebnisse und Analysen im Antikorruptionskampf

Die seit August 2006 laufenden Ermittlungen im Korruptionsskandal um den Shanghaier Rentenfonds, in dessen Zentrum der frühere Shanghaier Parteisekretär und Politbüromitglied Chen Liangyu steht, haben im März 2007 zum Parteausschluss von neun Involvierten geführt (vgl. C.a., 5/2006:103-106).

Dabei handelt es sich um den früheren Chef der Shanghaier Behörde für Arbeit und Soziale Sicherheit, Zhu Junyi, der als Verwalter des Rentenfonds fungiert hatte, des Weiteren Qin Yu, früherer persönlicher Referent des Shanghaier Parteisekretärs Chen Liangyu und Leiter des Stadtbezirks Baoshan, sowie Sun Luyi, ehemals stellvertretender Generalsekretär des Shanghaier Parteikomitees. Ebenfalls wurden der Präsident von Shanghai Electric, Wang Chengming, und dessen Geschäftsführer, Han Guojiang, aus der KPCh ausgeschlossen. Die verbleibenden Geschassten sind Wang Guoxiong, ehemaliger Generaldirektor der Shanghai Industrial Investment Group, Wu Hongmei, stellvertretender Vorsitzender der Shanghaier Vermögensaufsicht, Lu Qiwei, früherer Abteilungsdirektor der Fondsverwaltung der Shanghaier Arbeitsbehörde und Zhu Wenjin, Direktor der Behörde für Land und Wohnbau.

Laut der Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* sei der Parteausschluss das typische Prozedere im Vorfeld eines juristischen Prozesses. Sollte dies der Fall sein, folgten die Gerichtsverhandlungen der genannten Personen als nächste Konsequenz. Dies ist demnach für Chen Li-

angyu noch nicht zu erwarten, da er noch immer als Parteimitglied fungiert. Zwar wurde er offiziell von der Plenartagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) im März dieses Jahres ausgeschlossen, über seinen Status wird aber weiterhin verhandelt.

Als Folge des Skandals plant die Regierung nun durch neue Vorschriften die Sicherheit der Fonds zu erhöhen. Die neuen Reglementierungen sollen sowohl die interne Kontrolle als auch die Transparenz nach außen weiter stärken. So sollen regelmäßige Berichte über das vorhandene Budget und deren Verwendung öffentlich gemacht werden.

Trotz der immensen Aufmerksamkeit und den forcierten Anstrengungen der Regierung, gegen Korruptionsdelikte vorzugehen, grassiert das Problem weiterhin. So fanden seit Beginn dieses Jahres wieder Verhaftungen auf unterschiedlichen Ebenen des Staatsapparates statt.

Auf Provinzebene wurden Ermittlungen gegen den Vizegouverneur Anhuis, He Minxu, eingeleitet. Er steht unter dem Verdacht, Bestechungsgelder im Wert von 8 Mio. CNY entgegengenommen zu haben. Während die Untersuchungen in diesem Fall noch nicht abgeschlossen sind, fiel im März das Urteil gegen Xing Xiaoming, der damit nach Xu Fangming, Xings Vorgesetztem, und Wang Rui, als drittem Verurteilten aus der Korruptionsaffäre des Finanzministeriums der Provinz Anhui hervorgeht. Xing Xiaoming wurde zu neun Jahren Haft verurteilt.

Weiterhin viel die Entscheidung, Liu Weiming, ehemaliger Vizegouverneur der Provinz Guangdong und Deng Zhonghua, Präsident der Hunan Chendian Internatio-

nal Development Co., Ltd., nicht weiter als Mitglieder des Ständigen Ausschusses des NVK anzuerkennen.

Die genannten Fälle stehen beispielhaft für die im Februar veröffentlichte Statistik des Arbeitsberichts der Disziplinarkontrollkommission des ZK, wonach im Jahr 2006 gegen 97.260 Mitglieder der KPCh Disziplinarverfahren im Zusammenhang mit Korruptionsverfahren eingeleitet worden waren, darunter 80% für die Annahme von Schmiergeldern. Insgesamt seien 2.774 Mitglieder von ihren Posten entfernt und 21.120 Personen die Mitgliedschaft in der Partei abgesprochen worden.

Angesichts der anhaltenden Brisanz des Themas wurden verschiedene Konzepte zum Vorgehen gegen Korruption vorgelegt. Geplant ist u.a. die Etablierung eines Nationalen Instituts zur Korruptionsprävention. Über Struktur und personelle Besetzung werde noch diskutiert, es solle jedoch die Schulung von Beamten, eine verstärkende Funktion im Bereich legaler Handhabung sowie die Konzeption von Kontrollmechanismen zur Eindämmung übermäßiger Machtkonzentration und internationale Zusammenarbeit umfassen. Chen Changzhi, Vizeüberwachungsminister kündigte die Installation derartiger Präventionsbehörden auf den unteren Ebenen der Administration als weiteres Ziel an.

Abgeordnete der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes plädierten hingegen für eine Stärkung der moralischen und ethischen Fundamente. Es wurde sowohl eine stärkere moralische Schulung der Kader als auch eine an Normen und Werten ausgerichtete Erziehung von Schülern gefordert. Dies entspricht im

Wesentlichen den Appellen der Führungsspitze, die im Rahmen der Plenartagung des NVK erneut auf eine forcierte Achtung von Kadertugend, Disziplin und Ideologie insistierte.

Xiao Yang, Präsident des Obersten Volksgerichtshofes, sprach sich indessen für einen Ausbau des Justizapparates und eine Schulung der zuständigen Richter aus. Bestechung sei ein Problem, das sich auch zunehmend unter dem juristischen Personal ausbreite und damit die Effektivität des Staates im Kampf gegen Korruption unterminiere (zu Korruptionsfällen im Justizwesen siehe C.a., 6/2006:118-119). Xiao Yang gab bekannt, dass im letzten Jahr 292 Gerichtsbeamte unter Korruptionsverdacht standen, der in 109 Fällen zur Anklage der Betroffenen geführt habe. Generalstaatsanwalt Jia Chunwang vermeldete 273 verhängte Sanktionen gegen Staatsanwälte, darunter 27 Verurteilungen im Jahr 2006.

Während die offizielle Rhetorik der Partei das Korruptionsphänomen bislang überwiegend als ein Problem individuellen Versagens in den Bereichen Disziplin und Arbeitsstil diagnostizierte, scheint sich nun schrittweise ein Paradigmenwechsel zu vollziehen. So ist eine vermehrt strukturelle Wahrnehmung des Problems zu beobachten. Dem trägt nicht nur die geplante Errichtung des Nationalen Instituts zur Korruptionsprävention Rechnung. Besonders die Aussage Wen Jiabaos im Rahmen einer Pressekonferenz am Ende der Jahrestagung des NVK am 16.3.07 lässt darauf schließen, dass Korruption zunehmend als ein systemisches Problem rezepiert wird. Seiner Einschätzung nach, liege die entscheidende

Ursache für Korruption in einer Überkonzentration von staatlicher Macht und den mangelnden Möglichkeiten effektiver Kontrolle. Zudem verleite die immense Machtkonzentration in den Händen Weniger dazu, ihre politische Einflussnahme käuflich zu machen. Korruption zeige sich daher in erster Linie als ein institutionelles Problem, dessen Lösung nur durch politische Reformen der Dezentralisierung von Verfügungsgewalten zu erreichen sei, so der Ministerpräsident. (SCMP, 9.2., 3., 7., 9., 14., 17.3.07; WSJ, 12., 14., 24., 28.2.07; Xinhua, 14.2., nach BBC PF, 14.2.07; XNA, 24.2., 2., 8., 13.3.07) (Philipp Hetmanczyk)

Neue Direktiven für den Umgang mit zum Tode Verurteilten

Im März 2007 hat der Oberste Volksgerichtshof neue Direktiven zur Verhängung und Vollstreckung von Todesurteilen herausgegeben. Die Anweisungen an die unterstehenden Gerichte flankieren somit das seit dem 1. Januar dieses Jahres gültige Gesetz, wonach der Oberste Volksgerichtshof alle verhängten Todesurteile zu überprüfen hat (vgl. C.a., 2006/6:119)

Nach den Direktiven sollen Todesurteile nur noch selten und in besonders schweren Fällen ausgesprochen werden, wobei sich das Urteil auf eine genaue Überprüfung der Sachlage stützen solle. Hierzu sei eine Anhörung des Angeklagten unbedingt durchzuführen. Dies ist in der bisherigen Praxis nicht der Fall, so dass Todesurteile auch aufgrund bloßer Akteneinsicht durch den Richter verhängt werden.

Mit der Anweisung, mehr Wert auf Beweise als auf Geständnisse des Angeklagten

zu legen, intendiert die Direktive eine Verschiebung in der gängigen Rechtspraxis, nach der ein Geständnis oftmals höher bewertet wird als vorliegende Beweise. Da diese Praxis die Erpressung von Geständnissen durch Folter und Gewaltandrohung begünstigt, verweist die Direktive explizit auf das offizielle Verbot solcher Verhörmethoden. Des Weiteren hält das Dokument zu einem würdigeren Umgang mit Verurteilten an, so dass künftig die öffentliche Vorführung der Todeskandidaten in diskriminierender oder entwürdigender Weise zu unterlassen sei.

Um eine Standardisierung der Rechtsprechung und eine Umsetzung der Direktiven zu erreichen, wurde nach Angaben Xiao Yangs, Präsident des Obersten Volksgerichtshofes, bereits im Jahr 2006 mit einer Schulung von 5.500 Richtern begonnen.

Die Anweisungen markieren einen weiteren Schritt im Reformprozess der Todesstrafe, der bereits im Jahr 2004 durch Gesetzgebungspläne zu verbesserten Berufungsverfahren eingeleitet wurde und in der Gesetzesänderung vom 31. Oktober 2006 seine Fortführung fand (vgl. C.a., 6/2006:119). Damit wurde der langjährige Kritik entsprochen, die sowohl von chinesischen Rechtsexperten als auch von Menschenrechtsorganisationen an der Befugnis der Provinzgerichte geübt wurde, wonach diese zur Verhängung von Todesurteilen berechtigt waren.

Obgleich die Todesstrafe weiterhin Bestandteil der Rechtssprechung Chinas bleibt, sei eine Reduzierung der Hinrichtungen intendiert, so Liu Jiachen, ehemaliger Vizepräsident des Obersten Volksgerichts-

hofes. Offizielle Zahlen zu vollstreckten Todesurteilen liegen nicht vor, Schätzungen chinesischer Juristen gehen aber von ca. 8.000 Hinrichtungen jährlich aus. (XNA, 11., 13., 14., 15.3.07; FAZ, 13.3.07) (Philipp Hetmanczyk)

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

Hochschulreformen für mehr Praxisbezug

In einem Rundschreiben kündigte das chinesische Bildungsministerium im März 2007 an, weitere Schritte zur Steigerung der Bildungsqualität in Hochschulen und Universitäten unternehmen zu wollen. Damit sollen die Chancen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden.

Demnach werde angestrebt, an chinesischen Universitäten und Hochschulen die Verschulung des Unterrichtsangebots aufzuweichen, indem der Anteil der Wahlfächer erhöht werde. Ziel sei, die „praktischen und innovativen Fähigkeiten“ (XNA; 3.3.07) der Studenten zu fördern. Die tertiären Bildungseinrichtungen werden in dem Rundschreiben ferner dazu aufgefordert, mehr Möglichkeiten für Praktika und „gesellschaftliche Untersuchungen“ zu eröffnen. Weiterhin sollen die Studenten mittels eines neuen übergreifenden Bewertungssystems ermutigt werden, an Kursen anderer Hochschulen und Universitäten teilzunehmen.

Im Jahr 2006 konnten 1,24 Mio. Hochschulabsolventen keinen Arbeitsplatz fin-